

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Katharina Kucharowits, Mag.^a Andrea Kuntzl
Genossinnen und Genossen,

betreffend „Vertrauen in die Wissenschaft stärken“

Das Desinteresse an Wissenschaft bleibt hierzulande groß, auch wenn der Endbericht der „Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie“ (veröffentlicht August 2023) ein positiveres Bild zeichnet, als eine EU-weite Studie vor wenigen Jahren. Die am 28. August 2023 veröffentlichte Ursachenstudie zeigte außerdem, dass das Desinteresse und die Skepsis in Wissenschaft und Demokratie nicht auf eine einzige soziodemografische Gruppe beschränkt, sondern sich über die ganze Bevölkerung verteilt – unabhängig von Bildungsgrad, politischer Einstellung oder Einkommen. Um dieser Skepsis entgegenzuwirken benötigt es breit angelegte Maßnahmen, die für die gesamte Bevölkerung niederschwellig zugänglich sind.

Minister Polaschek hat nach Veröffentlichung dieser Studie angekündigt, Österreich müsse sich ein Beispiel an Portugal nehmen. Portugal scheint es mit dem Programm zur Wissenschaftsvermittlung „Ciência Viva“ („die lebendige Wissenschaft“) gelungen zu sein, durch ein starkes Netzwerk den Kontakt zwischen Forschenden und der Gesellschaft herzustellen. 1996 wurde die Initiative ins Leben gerufen und hat Portugal von einem Nachzügler zu einem Vorreiter bei der Wissenschaftsakzeptanz entwickelt. 21 Wissenschaftszentren dienen als Lernort und mit rund 900 Wissenschaftsclubs an Schulen gibt es ein gutes niederschwelliges Angebot. „Projekte aus anderen Ländern kann man nicht eins zu eins kopieren, aber aus den Erfahrungen lernen“, sagte Polaschek zum Programm „Ciência Viva“. Er verwies auf das 2022 entwickelte 10-Punkte-Programm zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie. Hier werden beispielsweise verstärkt Wissenschaftsbotschafter:innen in die Schulen geschickt.¹

Aus diesen Gründen stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, das 2022 entwickelte 10-Punkte-Programm zu evaluieren und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Wissenschafts- und Demokratiefeindlichkeit zu entwickeln. Außerdem braucht es Veränderungen der zeitlichen und finanziellen Ressourcen, um den Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Gesellschaft, durch beispielsweise Wissenschaftsclubs, zu ermöglichen.“

Zuweisungsvorschlag: Wissenschaftsausschuss

¹ <https://science.apa.at/power-search/529214961743005689>, Zugriff am 8. November 2023

